

Etzel

Grüne wollen Änderung des Bergrechtes

VON WOLFGANG TRUMPF

16. Februar 2011

Einwohner der Gemeinde Friedeburg sollen bei Kavernen-Planungen mehr mitreden können. Die Bundestagsabgeordneten Thilo Hoppe (Aurich) und Oliver Krischer (Düren) gingen auch auf die Speicherung von Kohlendioxid ein.



Die Abgeordneten Thilo Hoppe (von links) und Oliver Krischer (Grüne) informierten sich bei Jürgen Scheidweiler (Friedeburg) und Horst Hattensauer (Horsten) über das Kavernengebiet in Etzel.

Bild:
Trumpf

Etzel - Von einem „unheilvollen, antiquierten Bergrecht“ sprachen die Bundestagsabgeordneten Thilo Hoppe und Oliver Krischer (Bündnis 90/Die Grünen) am Dienstag beim Besuch der Bürgerinitiative Lebensqualität Horsten/Etzel/Marx im Zusammenhang mit dem Kavernenprojekt der IVG in dem Salzstock bei Etzel.

Nach einmaliger Genehmigung würden die einzelnen Vorhaben Stück für Stück umgesetzt. Die Bürger hätten keine Chance, sich gegen diesen Automatismus zu wehren. Wichtig sei auch eine Beweislastumkehr, wonach der Betreiber der Kavernenprojekte beweisen müsse, dass eventuelle Schäden nicht durch seine Aktivitäten entstanden seien.

Als ein „großes Fass“ bezeichnete Thilo Hoppe (Aurich) den Einstieg in die unterirdische CO₂-Speicherung. Die Umweltschutzorganisation Greenpeace habe Informationen erhalten, wonach das Speicherpotenzial gerade in der hiesigen Region am größten sei, ergänzte Oliver Krischer (Düren). Seiner Einschätzung nach sei die Nutzung von Kavernen für die CO₂-Einpressung unwirtschaftlich. Das Gas werde eigentlich in besondere Salzschichten gepresst, nicht in Hohlräume. Welche spätere Nutzung der Kavernen vorgenommen werde, das könne heute allerdings niemand sagen. Das Problem der Nachnutzung werde einfach den Kindern und Enkeln überlassen.

Ostfriesen Zeitung vom 16.02.2011

Grüne: Veraltetes Bergrecht wird in Etzel genutzt

ETZEL / LNI - Das Erdgas-speicher-Projekt in Etzel wird nach Ansicht der Grünen weiter nach veraltetem Bergrecht vorangetrieben. Das gesamte Projekt mit 144 genehmigten Speichern müsse einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen werden, sagte der Grünen-Bergbauexperte im Bundestag, Oliver Krischer, gestern bei einem Besuch in Etzel. Das aus dem 19. Jahrhundert stammende Bergrecht müsse überarbeitet werden.

02/16.2.2011

16.02.2011

Reform für Bergbaurecht gefordert

DN, 16.2.2011

dpa Friedeburg. Der Bau von Europas größter Erdgas-Drehscheibe in Ostfriesland wird nach Ansicht der Grünen weiter nach veraltetem Bergrecht vorangetrieben. Das gesamte Projekt mit 144 genehmigten Speichern müsse einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen werden, forderte der Grünen-Bergbauexperte im Bundestag, Oliver Krischer, gestern in Etzel. Das aus dem 19. Jahrhundert stammende Bergrecht räume den Betreibern enorme Rechte ein – den Betroffenen in der Region dagegen kaum. Auch die für die Umsetzung zuständigen Landesbergämter dürften nicht länger als reine Dienstleister der Industrie handeln.

Die Beweispflicht müsse umgedreht werden, verlangte auch der Bundestagsabgeordnete Thilo Hoppe aus Aurich. Bislang müssten Bürger entstandene Schäden auf das Projekt zurückführen. Das sei, ähnlich wie im Bergbau, nach Jahrzehnten sehr schwierig. Vielmehr sollten die Betreiber die Unbedenklichkeit ihrer Großprojekte nachweisen müssen. Problematisch in Etzel seien Berechnungen, die nur auf 35 Jahre ausgelegt seien. Die Nutzung der Gasspeicher solle jedoch 100 Jahre laufen. Was danach mit den Kavernen geschehe, bleibe völlig unsicher – ebenso wie Prognosen zu einer voraussichtlichen Absenkung des Bodens. Die Folgen für die Infrastruktur und Häuser seien unabsehbar.

Die Grünen hatten sich mit der Bürgerinitiative gegen den Kavernenbau getroffen. Deren Mitglieder befürchten, dass die Region bei Etzel in ein großes Industriegebiet verwandelt wird. Sie kritisierten, dass im vergangenen Juni bei einem Unfall 200 000 Liter Öl-Wasser-Gemisch ausgetreten seien. Dies wurde erst später bekannt.

Die Industrie will mit mehr als 100 Erdgasspeichern auf Marktentwicklungen reagieren. Sie sollen Verbrauchsschwankungen abfangen und für Versorgungssicherheit sorgen.

Ender Zeitung vom 16.02.2011

Grüne fordern Reform für Bergrecht

ET, 16.2.2011

Geplante Erdgas-Drehscheibe bei Etzel müsse auf Umweltverträglichkeit geprüft werden.

Friedeburg. Der Bau von Europas größter Erdgas-Drehscheibe in Ostfriesland wird nach Ansicht der Grünen weiter nach veraltetem Bergrecht vorangetrieben. Das gesamte Projekt mit 144 genehmigten Speichern müsse einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen werden, forderte der Grünen-Bergbauexperte im Bundestag, Oliver Krischer, gestern in Etzel bei Friedeburg (Kreis Wittmund).

Das aus dem 19. Jahrhundert stammende Bergrecht räume

den Betreibern enorme Rechte ein – den Betroffenen in der Region dagegen kaum. Auch die für die Umsetzung zuständigen Landesbergämter dürften nicht länger als reine Dienstleister der Industrie handeln.

Die Beweispflicht müsse umgedreht werden, verlangte auch der Auricher Bundestagsabgeordnete Thilo Hoppe. Bislang müssten Bürger entstandene Schäden auf das Projekt zurückführen. Das sei, ähnlich wie im Bergbau, nach Jahrzehnten sehr schwierig. Vielmehr sollten die Betreiber die Unbedenklichkeit ihrer Großprojekte nachweisen müssen. Problematisch in Etzel seien Berechnungen, die nur auf 35

Jahre ausgelegt sind. Die Nutzung der Gasspeicher solle jedoch 100 Jahre laufen. Was danach mit den Kavernen geschehe, bleibe völlig unsicher – ebenso wie Prognosen zu einer voraussichtlichen Absenkung des Bodens. Die Folgen für die Infrastruktur und Häuser seien unabsehbar.

Bürgerinitiative

Die Grünen hatten sich mit der Bürgerinitiative gegen den Kavernenbau getroffen. Deren Mitglieder befürchten, dass die Region bei Etzel in ein großes Industriegebiet verwandelt wird. Sie kritisierten, dass im vergangenen Juni bei einem

Unfall 200 000 Liter Öl-Wasser-Gemisch ausgetreten seien. Dies wurde erst später bekannt. Die Industrie will mit mehr als 100 Erdgasspeichern auf Marktentwicklungen reagieren. Sie sollen Verbrauchsschwankungen abfangen und für Versorgungssicherheit sorgen. Die Bürgerinitiative „Lebensqualität Horsten/Etzel/Marx“ hält diese Argumente aber für vorgeschoben und wittert Profitinteressen des Betreibers IVG Caverns.

Die Grünen forderten die Landesregierung auf, ein Planfeststellungsverfahren mit Umweltverträglichkeitsprüfung auf den Weg zu bringen.